

Beiträge ÖkoLinX-ARL

Wortprotokoll

über die

29. Plenarsitzung

der Stadtverordnetenversammlung

am Donnerstag, dem 13. Dezember 2018

(16.01 Uhr bis 00.27 Uhr)

der Straße gleichzeitig gestärkt und geschützt. Sie tun erschrocken, als würden Sie nicht seit Jahren mit dem Feuer spielen. Das lässt mich tatsächlich an Ihrer Intelligenz zweifeln. In den letzten Jahren mussten wir die geistige Brandstiftung der AfD mit ansehen, die tägliche Übergriffe und Brandanschläge auf Geflüchtetenunterkünfte zur Folge hatte. Nun möchte die spießbürgerliche selbst ernannte Elite der CDU einmal wieder aktiv zum Rechtsruck in diesem Land beitragen, ohne Verantwortung dafür zu tragen. Komplett ausgeblendet wurde in allen Debatten die politische, kulturelle und soziale Bedeutung dieser Zentren, die ehrenamtlich, solidarische Praxis ermöglichen, in einer Stadt, in der Geld regiert. Angesichts aktueller Berichterstattungen muss ich noch einmal fragen: Wen rufen, wenn die Polizei das Gesetz bricht? Auf welche Polizisten soll man vertrauen, wenn man rassistische, sexistische oder diskriminierende Gewalt erfahren hat? Wir solidarisieren uns mit der heutigen Demonstration. Das Feuer legen andere - der Zündstoff kommt aus dem Römer - Nazis bekämpfen.

Danke schön!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Zieran. Bitte schön!

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:

Hallo!

Der rechte Flügel ist ja schon benannt worden. Wir haben es öfter getan. Es wäre schön, wenn man darauf verzichten könnte. Aber Herr Schmitt kündigt an, dass er weitermachen will. Er weiß nicht so recht, was er will. Die FR hat ein fantastisches Interview gemacht. Das gelingt auch nicht immer so, wie in dieser Zeitung, Mittwoch, 12. Dezember. Einmal sagt Herr Schmitt, nein, kein Kommunalwahlthema. Dann sagt er wieder, für die Liegenschaft In der Au brauchen wir unbedingt einen Mietvertrag.

Nach 30 Jahren ohne Mietvertrag müssen wir jetzt einen Mietvertrag machen. Wenn wir feststellen, wir können das Klapperfeld beenden, dann beenden wir es. Wenn Sie einmal Ihr Auge nach rechts rücken würden, dann würden Sie sehen, wer in dieser Stadt wirklich Steuergelder für ideologische Hetze erhält - evangelikale und andere bestimmte rechte Kirchenvertreter, andere Verbände, die wir hier in Frankfurt haben, über die kein Wort verloren wird. Aber hier kämpfen Menschen für eine humane Gesellschaft und darüber regen Sie sich auf. Sie regen sich nicht über Gentrifizierung auf, die Wohnungsnot wird nicht bekämpft. Wenn Menschen Häuser besetzen, weil sie sich eine Wohnung nicht mehr leisten können, dann wird hier groß der Rechtsstaat aufgeblasen, insbesondere von Herrn Dr. Schulz von der FDP. Er ist ganz groß in der Frage, aber die Menschen sind ihm scheißegal.

Frankfurt hat Obdachlose. Wir schaffen es noch nicht einmal, dass alle Leute eine Wohnung bekommen. Andere Länder, wie zum Beispiel Finnland, schaffen das. Es ist blamabel, es ist beschämend, was hier stattfindet. Und Sie haben kein anderes Thema, als endlich diese Linken da heraus bekommen zu müssen, die Linken zu bekämpfen. Die Linken sind das Problem.

Auch da noch einmal zu Ihrer Information: Sie kapierten immer noch nicht, wie das Rechtssystem hier läuft.

(Heiterkeit)

Ja, es ist schön, es ist schön, wenn die lachen, die keine Ahnung haben.

Die Grundrechte und die Menschenrechte gelten für alle und sind verankert, nur dass Sie das noch nicht kapiert haben. Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist allerdings nicht in der Verfassung festgeschrieben - zu Ihrem Bedauern vielleicht.

(Beifall)

Da steht nämlich drin, dass wir eine Wirtschaftsordnung anstreben können, für die die soziale Verpflichtung gilt, die ja heute gar nicht mehr gilt. Konzerne machen, was sie wollen. Verpflichtungen gegenüber den Mitarbeitern, gegenüber Arbeitnehmern gibt es

nicht, wir haben einen Niedriglohnsektor, die Leute können kaum von ihrem Lohn leben. Man kann die Liste endlos fortsetzen. Sie sollten einmal unterscheiden lernen, dass es das Grundgesetz gibt wie auch die Möglichkeit, ohne die parlamentarische Demokratie infrage zu stellen, den Kapitalismus als Grundlage dieser Ordnung abzuschaffen. Ob nun wirklich der Parlamentarismus die Zukunft ist, weiß ich nicht. So wie wir ihn hier haben, ist er wirklich manchmal ein unqualifiziertes - Gelaber will ich nicht sagen - „Um-die-Probleme-herum-Reden“.

Die rote Lampe leuchtet. Sie sind ein Brandstifter, Herr Dr. Schmitt. Da kommen Sie nicht drum herum, und Sie wollen es weiterhin machen.

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Herr Zieran, Ihre Redezeit ist überschritten.

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:
(fortfahrend)

Ich komme zum Ende. Sie wollen weiter zünden. Und Sie werden eines merken, diese Zentren stehen in Frankfurt nicht alleine da.

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Ihre Redezeit ist so weit überschritten, dass ich Ihnen das Mikrophon abgestellt habe. Danke, Herr Zieran!

(Beifall)

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Dr. Schulz von der FDP-Fraktion. Sie haben das Wort. Bitte schön!

Stadtverordneter Dr. Uwe Schulz, FDP:

Herr Stadtverordnetenvorsteher,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Was wir bei diesem Tagesordnungspunkt wieder erleben, ist ein Konglomerat von diffusen verschwörungstheoretischen Kausalitätsbetrachtungen.

(Zurufe)

Das verwundert nicht, denn Verschwörungstheorien sind die Lieblingsbeschäftigung von Menschen auf den politischen Außenbahnen. Worum geht es? Der Verfassungsschutzbericht erwähnt seit Jahren detailliert die drei Einrichtungen als Treffpunkte linksextremistischer Gruppen mit verfassungsfeindlichen Einstellungen. Das ist auch okay so, jeder darf verfassungsfeindlich sein. Aber ich kann mir als Stadtverordneter die Frage stellen, ob die Stadt die Einrichtungen subventionieren sollte. Und ich sage Nein.

(Beifall)

Darum fordere ich für die Au einen schlichten Mietvertrag mit der Verpflichtung zur Mietzinszahlung. Was ist daran Hetze? Im Klapperfeld gibt es so wunderbare Veranstaltungen wie am 05.06.2018 mit dem Vortrag und der Lesung von Julia Pie, einer knasterfahrenden Tortenwerferin. Das ist vielleicht ganz lustig, aber ich meine, dass es eine wirtschaftlich sinnvollere Nutzung gäbe, etwa im Rahmen der Erweiterung der Justiz.

(Beifall)

Was ist an dieser normalen politischen Diskussion Hetze oder kann als Aufforderung, Straftaten zu begehen, verstanden werden? Hetze ist es, wenn sich nach dem G 20-Gipfel im ExZess Gruppen treffen und die Anschläge auf Polizeiautos und Sicherheitskräfte in Hamburg beklatschen.

(Beifall)

Im Übrigen ist die Diskussion scheinheilig. Ich habe vom Fragesteller nichts zum Anschlag auf den ABG-Container in der Platen-siedlung gehört. Wird hier mit zweierlei Maß gemessen? Ich jedenfalls hoffe, dass hier wie dort die Polizei die Täter ermitteln kann. Die Hintergründe kennen wir noch nicht. Nur dabei ist es natürlich auch erforderlich, ...

(Zurufe)

... dass man die Polizei bei den Ermittlungen unterstützt. Dann lese ich aber in der Frankfurter Neuen Presse: „Bei uns ist bisher keine Strafanzeige eingegangen“, sagt eine

11.	Sicherung des Nachtflugverbotes.....	87
	Antrag der AfD vom 20.07.2018, NR 618	
	<u>hierzu:</u> Antrag der FDP vom 09.08.2018, NR 626	
	Stadtverordneter Reinhard Stammwitz, AfD:	87
	Stadtverordneter Dr. Uwe Schulz, FDP:	89
	Stadtverordnete Ursula auf der Heide, GRÜNE:.....	90
12.	Kohleausstieg in Frankfurt am Main bis 2030.....	91
	Antrag der LINKE. vom 28.09.2017, NR 414	
	Stadtverordnete Pearl Hahn, LINKE.:.....	92
	Stadtverordnete Petra Scharf, SPD:.....	93
	Stadtverordnete Angela Hanisch, GRÜNE:	95
	Stadtverordneter Michael Bross, FDP:	96
	Stadtverordnete Monika Christann, LINKE.:	97
13.1	Wahlamt: Gravierende Fehler bei der Wahl sind nicht hinnehmbar	97
	Antrag der FDP vom 08.11.2018, NR 691	
	<u>hierzu:</u> Antrag der AfD vom 15.11.2018, NR 702	
13.2	Analyse der Probleme bei der Landtagswahl 2018.....	97
	Gemeinsamer Antrag der CDU, der SPD und der GRÜNEN vom 13.12.2018, NR 716	
	Stadtverordnete Annette Rinn, FDP:	97
14.	Asyl-Zuzugsstopp in Frankfurt dringend geboten!	97
	Antrag der BFF vom 10.09.2018, NR 644	
	Stadtverordneter Mathias Mund, BFF:.....	98
	Stadtverordnete Monika Krause, AfD:	100
	Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:	101
15.	"Reinheitsgebot" für Apfelwein auf dem Frankfurter Weihnachtsmarkt	103
	Antrag der FRAKTION vom 24.10.2018, NR 685	
	Stadtverordneter Nico Wehnemann, FRAKTION:.....	103

eingeklagt werden kann, ist erkennbar, dass Migration gefördert werden soll und eine Vermischung von Asyl und Einwanderung zur Folge haben wird. Der Rechtsanspruch der Einwanderer auf Versorgung wird in Zukunft sowohl eine zusätzliche finanzielle als auch gesellschaftliche Aufgabe der Stadt Frankfurt werden. Frankfurt muss bereits jetzt schon durch den Verteilungsschlüssel eine hohe Anzahl zugeteilter Asylbewerber versorgen. Seit dem Jahr 2014 wurden Frankfurt über 7.000 Asylbewerber und 366 unbegleitete Minderjährige zugewiesen. Davon wohnen 4.585 in 85 Unterkünften und 130 Wohnungen, die über das Stadtgebiet verteilt sind. Davon sind 2.600 asylberechtigt oder haben subsidiären Schutz, was bedeutet, sie könnten eine Wohnung beziehen.

Frankfurt sucht dringend Asylunterkünfte und ist bereits gezwungen, provisorische Unterkünfte in der Stadt zu eröffnen. Eine davon befindet sich seit März 2018 in Bockenheim im Labsaal und eine seit Juli in Unterliederbach in einer Sport- und Kulturhalle, die eigentlich saniert werden sollte. Geplant sind bis Ende des Jahres Unterkünfte in Schwanheim und Harheim. Gleichzeitig stehen in Frankfurt fast 9.300 Haushalte mit rund 22.000 Menschen auf der städtischen Warteliste, um eine der begehrten Sozialwohnungen zu bekommen. Günstiger Wohnraum ist in Frankfurt so rar, dass Berufstätige wie Altenpfleger, Krankenpfleger, Rettungssanitäter, Verkäufer, Feuerwehrmänner und Polizisten, um nur einige zu nennen, gezwungen sind, zwischen Frankfurt und ihrem Wohnort zu pendeln.

Zusammenfassend bedeutet dies für die Zukunft Frankfurts, dass die Stadt in größerem Maße zusätzlichen Wohnraum sowie Kindergarten- und Schulplätze schaffen und den öffentlichen Nahverkehr ausbauen muss. Mehr Menschen in einer Stadt bedeuten auch, dass mehr Raum- und Freizeitangebote geplant werden müssen. Die Ausgaben im Sozialbereich zum Beispiel für Kitas, Schulen, Wohnungsbau, Sozialhilfe und Integrationskurse werden stark ansteigen. Aus all diesen Gründen muss Frankfurt einen Zuzugsstopp für Asylanten und unbegleitete Minderjährige mit dem Land Hessen vereinbaren, um für die Zukunft gewappnet zu sein.

Vielen Dank!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Zieran. Sie haben noch eine Restredezeit von neun Minuten und 30 Sekunden. Bitte!

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:

Leider muss man dazu doch was sagen. Die erste Rede und die zweite auch sind widerlich gewesen. Zunächst einmal vorweg, ich finde insbesondere, dass hier eine Äußerung, in der der Name einer Person in einem Begriff verwurschtelt wird - die Bundeskanzlerin Merkel hiermit durchgewerkelt -, einfach so durchgehen kann, finde ich unglaublich. Ich finde es ganz einfach beleidigend und übel, eine Person in dieser Art und Weise herabzusetzen. Das muss man hier klipp und klar sagen.

(Beifall)

Das vorweg. Aber das ist eben die Sprache der rechten Hetzer. Nichts anderes seid ihr.

(Beifall)

Diese Reden waren die Sprache von Menschenfeinden, die Sprache von Menschen, die gegen Grundrechte und gegen Menschenrechte sind. Das war Punkt eins.

Punkt zwei, ihr habt überhaupt keine Ahnung von dem, was hier in dieser Stadt wirtschaftlich abläuft und warum wir Wohnungsnot haben. Das ist auch wiederum rechte Hetze. Ihr behauptet, die Geflüchteten sind unser Problem. Unser Problem ist die Spekulation mit Grund und Boden.

(Beifall)

Unser Problem sind die Immobilienbesitzer, die auf dem Rücken der Armen hier in Frankfurt ihre Geschäfte machen. Das ist das Problem und von dem wollt ihr ablenken. Ich weiß nicht, ob ihr selbst beteiligt seid, das ist mir scheißegal. So geht es nicht. Das deut-

sche Kapital macht die Industrien in Afrika und anderen Ländern kaputt. Das deutsche Kapital beseitigt dort die Möglichkeit, Arbeit aufzunehmen. Es gibt auch deshalb geflüchtete Menschen.

(Beifall)

Dann hat ein Land, was an dieser Zerstörung beteiligt ist, die Verpflichtung, Geflüchtete aufzunehmen. Aber wie in vielen Dingen - ich kann und will darauf jetzt auch nicht mehr eingehen - ist Ihre Behauptung, wir seien das Land, wo die Flüchtlinge gerne hinwollen, völlig daneben. Keiner hat wirklich Bock, in dieses Land zu kommen.

(Heiterkeit)

Sie kennen die Zahlen der Millionen von Flüchtlingen nicht. Es ist bewiesen, auch von der UNO und von anderen Institutionen, dass in der Regel Geflüchtete danach streben, in Nachbarländer zu gehen, allein schon wegen der kulturellen Ähnlichkeiten. Nur das ist häufig nicht möglich. Um es kurz zu machen, zu Frankfurt: Wenn hier jemand in Frankfurt zu viel ist, dann sind es Nazis und Rechtsradikale.

(Beifall)

Ich hätte nichts dagegen, wenn diese Menschen auswandern und sie Platz für geflüchtete Menschen machen würden, die hier in die Gemeinschaft in Frankfurt aufgenommen werden und hier soziale Verantwortung und andere Verantwortung wahrnehmen, denn die können das vielleicht noch, im Gegensatz zu Ihnen. Was Solidarität bedeutet, wissen Sie nicht.

(Beifall)

Ich setze Solidarität gegen Ihre Hetzpolitik, Solidarität mit den Menschen, die keine Perspektive mehr haben. Wir haben die Verpflichtung, auch nach unserem Grundgesetz, allen Menschen eine Perspektive zu geben, dass sie sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten verwirklichen können, und das gilt gerade auch für Geflüchtete.

(Beifall)

In diesem Zusammenhang finde ich es schade, dass die Stadt Frankfurt nicht die Größe anderer Städte gefunden hat, hier wenigstens die Resolution zu verabschieden, es geht ja eher um eine Erklärung, Solidarity City, dass wir uns starkmachen für die Geflüchteten und uns entsprechend geldlich engagieren. Ich fordere, dass Frankfurt das tut; dass im Gegensatz zu diesen Hetzanträgen mehr Geld frei gemacht wird, dass Sie nicht das Geld in irgendwelche Luxus-Kulturgüter hineinstecken, wie Opern am Wasser und damit Hamburg nachgeahmt wird, sondern dass wir Geld in die Menschen stecken, die kaputtgemacht worden sind. Dass wir ihnen entsprechende Wohnungen schaffen, dass wir hier entsprechende Möglichkeiten in der Bildung und anderswo schaffen. Das ist die Alternative. Wenn ich mich entscheiden muss, entscheide ich mich für die Menschen und gegen solche Monsterprojekte, die wir in der Vergangenheit in Frankfurt schon oft genug hatten.

Also ganz klar: für die Geflüchteten, für das Asylrecht, das auch eine Vergangenheit hat, sich aus der Vergangenheit entwickelt hat. Wir wissen, was teilweise den Juden passiert ist, die auch in andere Länder nicht hineingelassen wurden, in die Schweiz zum Beispiel, wie schwer die Situation nach dem Zweiten Weltkrieg war, wie wichtig es für Geflüchtete ist, dass sie in den Ländern Asylrecht bekommen. Wenn die Stadt Frankfurt weltoffen sein will, wenn sie eine bunte und multikulturelle Stadt sein will, dann muss es hier die Öffnung und die erhöhte Aufnahme von Flüchtlingen geben. Offene Grenzen auch in Frankfurt für geflüchtete Menschen aus der ganzen Welt, das ist meine Forderung, das muss Frankfurt erfüllen. Solidarity City gegen die Unmenschen von AfD und BFF.

Danke!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Stephan Siegler:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache und lasse nunmehr über die mit dem Ausschussbericht vorgelegte Empfehlung zu dem Tagesordnungspunkt 14. abstimmen, die auch in der ausge-